

Johann-Christian-Reinhart-Gymnasium Hof  
W-Seminar „Hunger in Afrika“ (Fach: Geographie)  
2014/2016  
Seminarleiterin: StRin Frau Brendel

# Investitionen in den Hunger?

Der Einfluss von Land Grabbing und einer liberalen Handelspolitik auf die Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika

Milena Wilkens



# Inhaltsverzeichnis

<b>A) Hintergründe der aktuellen Flüchtlingskrise .....</b>	<b>3</b>
<b>B) Der Einfluss einer liberalen Handelspolitik und des Land Grabblings auf die Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika.....</b>	<b>3</b>
I. Die Liberalisierung der Märkte vieler Länder Afrikas seit den 1980er Jahren .....	3
1. Gründe der Liberalisierung .....	3
2. Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit .....	5
3. Fallbeispiel Ghana.....	6
II. Das Phänomen des Land Grabblings seit der Wirtschaftskrise 2008.....	8
1. Definition des Begriffs „Land Grabbing“ .....	8
2. Gründe für Land Grabbing.....	9
3. Die Akteure .....	11
4. Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung .....	12
5. Die Position des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).....	15
6. Fallbeispiel Sambia .....	17
III. Fazit .....	19
<b>C) Verhinderung von Investitionen in den Hunger als Prävention von Fluchtursachen .....</b>	<b>20</b>
<b>D) Literaturverzeichnis .....</b>	<b>21</b>
<b>E) Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>23</b>
Abb. 1: Verhältnis vom Reispreis zum Düngemittelpreis in Ghana (1970-1992).....	23
Abb. 2: Reisproduktion in Ghana, Einfuhren und mutmaßlicher Verbrauch in Tonnen (1998 - 2003) .....	23
Abb. 3: Durchschnittliche Preise des lokal produzierten Reises gegenüber den durchschnittlichen Preisen für Importreis in Ghana .....	24
Abb. 4: Entwicklung der Lebensmittelpreise und der Presseberichte über Landakquisitionen .....	24
Abb. 5: Flächennutzung und Produktionsstatus der akquirierten Flächen.....	24
Abb. 6: Karte zu Größe und Lage der Landverkäufer sowie zur Herkunft der Investoren .....	25
<b>F) Anhang.....</b>	<b>26</b>
Interview mit Roman Herre .....	26
<b>G) Selbständigkeitserklärung .....</b>	<b>28</b>

## **A) Hintergründe der aktuellen Flüchtlingskrise**

Bis zu eine Million Flüchtlinge werden Deutschland in diesem Jahr nach neuesten Schätzungen erreichen. Und es sieht derzeit nicht danach aus, als würde dieser gewaltige Flüchtlingsstrom in naher Zukunft abbrechen. Doch während die Politik um kurzfristige Lösungen ringt, gerät ein zentraler Aspekt in den Hintergrund: die Fluchtursachen. Zwar fordern Politiker aller Parteien die Bekämpfung der Fluchtgründe, jedoch werden abgesehen vom Bürgerkrieg in Syrien und der Ausbreitung des Islamischen Staates wenige der Ursachen konkret benannt. Gerade die Zustände in den Herkunftsländern der afrikanischen Flüchtlinge werden wenig thematisiert. Müssen sie vor Hunger und Unterernährung fliehen, obwohl die jahrzehntelange Entwicklungspolitik westlicher Staaten doch diesem Szenario entgegenwirken sollte? Die vorliegende Arbeit möchte zwei mögliche Ursachen des Hungers, die Liberalisierung der Märkte in vielen Ländern Subsahara-Afrikas seit 1980 und das aktuelle Phänomen des Land Grabblings beleuchten. Die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit der betroffenen Bevölkerung stehen hier im Vordergrund. Schließlich soll die Frage beantwortet werden, ob es sich dabei um Investitionen in den Hunger handelt.

## **B) Der Einfluss einer liberalen Handelspolitik und des Land Grabblings auf die Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika**

### **I. Die Liberalisierung der Märkte vieler Länder Afrikas seit den 1980er Jahren**

#### **1. Gründe der Liberalisierung**

Nach dem Erreichen der Unabhängigkeit verfolgten viele afrikanische Entwicklungsländer zunächst eine Agrarpolitik, die sich durch eine starke staatliche Reglementierung auszeichnete. Neben zahlreichen staatlichen Ämtern, die u.a. für die Verteilung von subventionierten Düngemitteln an die Landwirte zuständig waren, wurden sogenannte „Marketing Boards“ gegründet. Diese kauften den einheimischen Bauern ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu festgelegten Preisen ab und kümmerten sich außerdem um die Vermarktung von Exportgütern wie Kaffee und Kakao im Ausland.<sup>1</sup> In den 1960er und 1970er Jahren ging diese Politik mit einer konstanten Ertragssteigerung in der Landwirtschaft einher. Dies war zum einen einer steigenden Binnennachfrage zu verdanken und zum anderen der Tatsache geschuldet, dass den nun unabhängigen afrikanischen Staaten garantierter und bevorzugter

---

<sup>1</sup> vgl. Feyder, 2014, S. 51

Zugang zu den Märkten ihrer ehemaligen Kolonialmächte eingeräumt wurde.<sup>2</sup> Dieses staatliche Agrarwirtschaftssystem erforderte jedoch aufgrund der vielen Beamten in den Behörden einen erheblichen finanziellen Aufwand, den die Staaten oftmals nur durch ausländische Kredite finanzieren konnten. Als Anfang der 1980er Jahre dann die Zinssätze für diese Kredite immer weiter stiegen und gleichzeitig die Preise der Basisprodukte drastisch fielen, wodurch die Einkünfte der Länder sanken, geriet ein Großteil der afrikanischen Staaten in eine Schuldenfalle. So sahen sie sich Mitte der 1980er Jahre gezwungen, Kredite von dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank anzufordern. Diese internationalen Finanzinstitutionen gewährten die Darlehen jedoch nur, wenn die betroffenen Länder sich verpflichteten, tiefgreifende Reformen wirtschaftlicher und politischer Art, sogenannte „strukturelle Anpassungsprogramme“ (SAP's), durchzuführen.<sup>3</sup> Eines der Hauptziele dieser Programme war der Abbau des Haushaltsdefizits. Dieses sollte durch die Privatisierung der staatlichen Farmen und vor allem durch eine schrittweise Dezimierung der Agrarbehörden, insbesondere der „Marketing Boards“, erreicht werden. Außerdem wurden im Zuge der Strukturanpassungsprogramme die überbewerteten Landeswährungen abgewertet, um den Export anzukurbeln, während die Einfuhren liberalisiert wurden. Bei dieser Liberalisierung wurden insbesondere die Einfuhrzölle gesenkt, wodurch vermehrt ausländische Ware auf die Märkte geriet. Man erhoffte sich davon, dass die einheimischen Produzenten, die ja nun der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt waren, wettbewerbsfähiger würden und zudem die Preise für die Konsumenten sinken würden.<sup>4</sup>

Der Trend hin zu einer liberalen Agrarpolitik wurde neben den Strukturanpassungsprogrammen auch von dem Agrarabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) verstärkt, welches „ [...] die Entwicklungsländer verpflichtete, den Durchschnittssatz für gebundene Zollsätze [...] auf landwirtschaftliche Produkte von 1995 bis 2004 um 24 Prozent zu senken.“<sup>5</sup> Das Agrarabkommen hatte jedoch geringere Auswirkungen, weil die meisten Länder bereits niedrigere Zölle als die gebundenen Zollsätze anwandten.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> vgl. Rakotoarisoa/ Iafrate/ Paschali, 2012, S. 50

<sup>3</sup> vgl. Feyder, 2014, S. 51 ff.

<sup>4</sup> vgl. Rakotoarisoa/ Iafrate/ Paschali, 2012, S. 51

<sup>5</sup> Garbers/Hirsch/Paasch, 2007, S. 14 f.

<sup>6</sup> vgl. ebd. S. 15

## 2. Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit<sup>7</sup>

Die Auswirkungen der Liberalisierung der Märkte auf die Landwirtschaft und damit auch auf die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung sind umstritten. Einige Experten verweisen auf sinkende Lebensmittelpreise, die durch die Senkung der Importzölle zustande kamen und importierte Nahrungsmittel für die Konsumenten somit erschwinglicher machten.<sup>8</sup> Die Weltbank sieht außerdem auch die Kleinbauern als Profiteure der SAPs, da sie „[...] as a result of devaluation, liberalized marketing, higher producer prices, and lower taxes [...]“ ihr Einkommen hätten steigern können.<sup>9</sup> Jedoch weist sie auch darauf hin, dass dies vor allem bei den Landwirten der Fall war, die sich auf die Produktion von sogenannten „Cash Crops“, also für den Export bestimmte landwirtschaftliche Agrarrohstoffe - wie Kaffee oder Kakao – spezialisierten.<sup>10</sup> Der Agronom und Wirtschaftswissenschaftler Michel Griffon gibt hingegen zu bedenken, dass die Bauern durch die Spezialisierung auf Exportgüter in starke Abhängigkeit zu den Kursschwankungen der Weltmarktpreise geraten sind, die gerade bei den tropischen landwirtschaftlichen Produkten sehr groß und insofern für die Produzenten äußerst riskant sind.<sup>11</sup> Olivier de Shutter, der ehemalige UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Ernährung, sieht diese Entwicklung ebenfalls kritisch:

*„Durch die Öffnung der Marktwirtschaften dieser Länder konnte man folgendes Szenario beobachten: Sie haben ihre Subsistenzwirtschaft aufgegeben und stattdessen solche Cash Crops angebaut. Damit wurde der heimische Markt abhängig von Importen; und damit wiederum wurden sie sehr anfällig für die globale Entwicklung der Lebensmittelpreise.“<sup>12</sup>*

Die Abwertung der Landeswährungen hatte außerdem zur Folge, dass einige Importprodukte wie Düngemittel teurer wurden. Da gleichzeitig aber die staatlichen Subventionen für diese Input-Produkte gestrichen wurden, konnten sich viele Kleinbauern diese Dinge nicht mehr leisten, wodurch ihre Produktivität stagnierte oder sogar abnahm. Zudem sahen sie sich zunehmend dem Wettbewerb mit Nahrungsmittelimporten ausgesetzt.<sup>13</sup> Besonders problematisch war die Tatsache, dass die Industrieländer ihre Exportgüter stark subventionierten und diese nun die liberalisierten Märkte der afrikanischen Staaten überschwemmten. Die Kleinbauern konnten mit diesen Dumpingpreisen oft nicht konkurrieren und so verwandelten sich

---

<sup>7</sup> Die Definition für Ernährungssicherheit der Vereinten Nationen lautet: „[...] all people, at all times, have physical, social and economic access to sufficient, safe and nutritious food that meets their dietary needs and food preferences for an active and healthy life [...].“ (Kress, 2012, S. 74)

<sup>8</sup> vgl. Rakotoarisoa/ Iafrate/ Paschali, 2012, S. 51

<sup>9</sup> Faruquee/ Husain, 1994, S.9

<sup>10</sup> vgl. ebd., S.9

<sup>11</sup> vgl. Feyder, 2014, S. 60

<sup>12</sup> Haimerl, 2010, S. 3

<sup>13</sup> vgl. Reichert, 2011, S. 11 f.

insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer in den vergangenen 20 Jahren vom Nahrungsmittlexporteur zum Nahrungsmittelimporteur. Beispielsweise deckten in den Jahren 2005/2006 elf Länder Subsahara Afrikas ihren Getreidebedarf zu 50 Prozent durch Importe. Diese Entwicklung ist hinsichtlich der Ernährungssicherheit insofern alarmierend, als dass in diesen Ländern bis zu 80 Prozent der Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt sind.<sup>14</sup> Anhand des Reissektors in Ghana sollen die Auswirkungen der Liberalisierung verdeutlicht werden.

### **3. Fallbeispiel Ghana**

Nach Erreichen der Unabhängigkeit im Jahr 1957 verfolgte die sozialistische Regierung das Ziel, die Selbstversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen und unabhängig von Exporten zu werden. Um dies zu erreichen wurden weite Teile der Landwirtschaft verstaatlicht, Bodeneinträge wie Saatgut und Dünger subventioniert und hohe Zölle auf Nahrungsmittelimporte erhoben. Durch diese Maßnahmen schaffte es Ghana, in den Jahren 1974 und 1975 Reisselbstversorger zu werden. Gleichzeitig ging der Anbau von Kakao, einem der wichtigsten Exportgüter Ghanas, stark zurück.<sup>15</sup>

In den Folgejahren hatte Ghana mit einer starken Rezession und hohen Inflationsraten zu kämpfen, weshalb die ghanaische Regierung das sogenannte „Economic Recovery Programme“ (ERP) des IWFs und der Weltbank Anfang 1983 akzeptierte, um an neue Kredite zu kommen. Unter diesem Strukturanpassungsprogramm wurde zunächst ein flexibler Wechselkurs durchgesetzt, womit eine Abwertung der überbewerteten Landeswährung einherging.<sup>16</sup> Außerdem wurden nach und nach die staatlichen Subventionen für Dünger und Saatgut abgeschafft, die Importe liberalisiert und die Zölle gesenkt. Auch die staatlichen Behörden, die bisher die Produktion gesteuert und die Preise festgelegt hatten, wurden aufgrund des langfristigen Ziels eines freien Marktwirtschaftssystems aufgelöst.<sup>17</sup> Die Maßnahmen hatten zur Folge, dass sich die Preise für die Bodeneinträge der Landwirte, insbesondere für Düngemittel, vervielfachten. Zwar stiegen auch die Preise für Grundnahrungsmittel, jedoch nicht im gleichen Umfang wie die der Bodeneinträge.<sup>18</sup> Am Beispiel des Reispreises lässt sich das verdeutlichen (siehe Abbildung 1, S. 23). 1992 wurde der Einfuhrzoll für Reis schließlich auf 20 Prozent gesenkt, was eine starke Zunahme von Reisimporten zur Folge hatte und in einigen Fällen lokale Betriebe zur Schließung zwang, weil sie der

---

<sup>14</sup> vgl. Feyder, 2014, S. 61 f.

<sup>15</sup> vgl. ebd. S. 67 f.

<sup>16</sup> vgl. Sarris/ Shams, 1991, S. 3 f.

<sup>17</sup> vgl. Feyder, 2014, S. 68 f.

<sup>18</sup> vgl. Asuming-Brempong, 1998, S. 222 f.

ausländischen Konkurrenz nicht standhalten konnten.<sup>19</sup> In den Jahren 1999 bis 2003 verdoppelte sich Ghanas Pro-Kopf-Reis-Verbrauch von 11 Kilogramm auf 21,6 Kilogramm. Damit ging jedoch keine Produktionssteigerung im einheimischen Reissektor einher, wo im gleichen Zeitraum vielmehr eine Stagnation und in manchen Anbaugebieten sogar ein Rückgang in der Produktivität zu verzeichnen war (siehe Abbildung 2, S. 23). Diese auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung lässt sich mit einem starken Anstieg der Reimporte von fast 70 Prozent zwischen 1998 und 2003 erklären, die sich von 250.000 auf 415.000 Tonnen steigerten (siehe Abbildung 2, S. 23). Der Importpreis, welcher größtenteils aus den USA, Vietnam und Thailand stammte, konnte sich vor allem deswegen so gut gegen den inländischen Reis durchsetzen, weil sein durchschnittlicher Preis kontinuierlich niedriger war (siehe Abbildung 3, S. 24). Dies war der Tatsache geschuldet, dass alle drei Herkunftsländer des Importpreises, allen voran die USA, Preisdumping betrieben indem sie ihren Exportpreis stark subventionierten.<sup>20</sup> Durch die günstigen Importfluten<sup>21</sup> konnte zwar die nationale Armut im Durchschnitt verringert werden, jedoch stieg sie bei den Nahrungsmittelproduzenten an, da diese starke Einkommenseinbußen verkraften mussten und infolgedessen häufig ihre Reisfelder aufgaben. So zeigt beispielsweise eine Untersuchung von FIAN, dass die Reisproduzenten der Gemeinde Dalun im Norden Ghanas aufgrund des Importpreises unter einem starken Rückgang des Verkaufs ihres lokalen Reises zu leiden haben. Durch die sinkenden Einnahmen sind die Bauern in den Monaten vor der nächsten Ernte zunehmend von Unterernährung und sogar Hunger betroffen, was ihr Recht auf Nahrung verletzt.<sup>22</sup>

Wie das Beispiel Ghana zeigt, hatte das Eingreifen der internationalen Finanzinstitutionen in die Wirtschaftspolitik vieler afrikanischer Staaten seit den 1980er Jahren indirekt Auswirkungen auf deren Landwirtschaft und damit auch auf die Ernährungssicherheit. Seit ein paar Jahren ist nun ein neuer Trend zu beobachten, bei dem u.a. private Finanzinstitute direkt in die Landwirtschaft der subsaharischen Länder eingreifen. Um was genau es sich bei dieser Entwicklung handelt, welche Motive und Akteure dabei eine Rolle spielen und welche Folgen sich für die Ernährungssicherheit ergeben, soll im folgenden Teil der Arbeit untersucht werden.

---

<sup>19</sup> vgl. Garbers/Hirsch/Paasch, 2007, S. 33

<sup>20</sup> vgl. ebd. S. 27 ff.

<sup>21</sup> Unter dem Begriff „Importflut“ versteht man eine enorme Importmenge spezifischer Produkte

<sup>22</sup> vgl. ebd. S. 39 ff.

## II. Das Phänomen des Land Grabblings seit der Wirtschaftskrise 2008

### 1. Definition des Begriffs „Land Grabbing“

Landnahmen sind keine Neuigkeit, sondern waren vielmehr während der Kolonialisierung insbesondere in Amerika und Afrika weit verbreitet. Und auch die Kontrolle über Land durch ausländische Unternehmen war in der Vergangenheit keine Seltenheit.<sup>23</sup> Seit der Finanz- und Nahrungsmittelkrise 2008 ist jedoch zunehmend das Phänomen eines „widespread, rapid increase of commercial land transactions that involve the acquisition or long-term lease of large areas of land by investors“ zu beobachten, das auch als „Land Grabbing“ bezeichnet wird.<sup>24</sup> Es gibt keine einheitliche Definition dieses Begriffs, der von der Nichtregierungsorganisation GRAIN 2008 erstmals geprägt wurde und für den teilweise auch „neokoloniale Landnahme“, „ausländische Direktinvestitionen“ und großflächige „Landkäufe-bzw. Pachten“ als Synonyme verwendet werden.<sup>25</sup> Die im deutschsprachigen Raum wohl am weitesten verbreitete Beschreibung des Land Grabbing Trends, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in einem Diskussionspapier von 2009 etablierte, soll dieser Arbeit als Grundlage dienen:

*„Staatliche Akteure und private Investoren aus Industrie- und Schwellenländern sichern sich durch sogenannte Foreign Direct Investments (FDIs) und mittels langfristiger Pacht- oder Kaufverträge große Agrarflächen in Entwicklungsländern, um dort Nahrungsmittel oder Energiepflanzen für den Export beziehungsweise unmittelbar für die eigene Nahrungs- und Energiesicherung anzubauen.“<sup>26</sup>*

Im Zuge dieses Trends wurden nach Angaben der Land-Matrix-Datenbank seit 2000 bereits über tausend Verträge abgeschlossen und knapp 100 Millionen Hektar Land verkauft oder verpachtet. Verhandlungen über weitere 158 Millionen Hektar sind derzeit beabsichtigt.<sup>27</sup>

Uneinigkeit herrscht in der Literatur darüber, ob erst ab bestimmten Mindestgrößen des akquirierten Landes von Land Grabbing die Rede sein kann. So spricht die Land-Matrix-Datenbank beispielsweise ab einer Mindestgröße von 200 Hektar von Land Grabbing, während die Weltbank nur Akquisitionen in ihre Studien einfließen lässt, die größer als 1.000 Hektar sind. Zudem ist umstritten, ob nur dann von Land Grabbing die Rede sein kann, wenn die Landkäufe- bzw. Pachten durch ausländische Investoren getätigt werden, oder ob dies auch bei inländischen Investoren der Fall sein kann.<sup>28</sup> Da

---

<sup>23</sup> vgl. Kress, 2012, S. 21

<sup>24</sup> Golay/ Biglino, 2013, S. 1

<sup>25</sup> vgl. Kress, 2012, S. 21 f.

<sup>26</sup> BMZ, 2009, S. 3

<sup>27</sup> vgl. Internetquelle 1

<sup>28</sup> vgl. Kersting/ Doevenspeck, 2013, S. 5

ausländische Akteure jedoch häufig mit inländischen Investoren zusammenarbeiten oder Tochterfirmen im entsprechenden Land gründen, ist es schwierig, beide Kategorien zu unterscheiden.<sup>29</sup> Aus diesem Grund sollen in der vorliegenden Arbeit beim Land Grabbing sowohl die Tätigkeiten ausländischer als auch inländischer Akteure berücksichtigt werden.

## **2. Gründe für Land Grabbing**

Die Gründe für den drastischen Anstieg von Landakquisitionen in den letzten Jahren sind vielfältig. Hauptauslöser waren aber offensichtlich drei miteinander zusammenhängende und sich überschneidende Krisen, die in der englischsprachigen Literatur zusammengefasst auch als „the triple F-crisis“<sup>30</sup> bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um die Nahrungsmittel-, die Finanz- und die Energiekrise, die alle zwischen 2007 und 2009 stattfanden.<sup>31</sup>

Während der Nahrungsmittelkrise war ein starker Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu verzeichnen. So verdoppelte sich der Weizenpreis zwischen April 2007 und Januar 2008, während der Preis für eine Tonne Reis von etwa 350 US \$ im Juli 2007 auf über 850 US \$ im Mai 2008 kletterte (siehe Abbildung 4, S. 24).

Von den steigenden Weltmarktpreisen für Nahrungsmittel waren vor allem diejenigen Staaten betroffen, die selbst nicht genug Nahrungsmittel zur Versorgung der eigenen Bevölkerung herstellen und somit von Nahrungsmittelimporten abhängig waren. Die Länder unter ihnen, denen genügend finanzielle Mittel zu Verfügung standen, sahen in Investitionen in Ackerland im Ausland nun eine Möglichkeit, um die Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung sicherzustellen und langfristig unabhängiger von den Weltmarktpreisen zu werden. Dies trifft vor allem auf die Golfstaaten zu, aber auch auf einige ostasiatische Länder mit hohem Bevölkerungswachstum.

Neben dem Ziel der Ernährungssicherheit verfolgen diese Investorenländer auch die langfristige Sicherung von Wasserressourcen durch die landwirtschaftlichen Investitionen im Ausland. Schließlich benötigen sie Wasserquellen für den Anbau der Nahrungsmittel und durch den Kauf oder die Pacht von Landflächen, erhalten die Investoren in der Regel auch die Wassernutzungsrechte in diesen Gebieten.<sup>32</sup> Dieser Zusammenhang zwischen „Land Grabbing“ und der Sicherung von Wasserquellen wird auch in einem Diskussionspapier des BMZ bestätigt, demzufolge „ein Großteil der

---

<sup>29</sup> vgl. Kress, 2012, S. 27

<sup>30</sup> ‚triple F-crisis‘ steht für food, fuel und financial crisis

<sup>31</sup> vgl. Demissie, 2015, S. 3 ff.

<sup>32</sup> vgl. Kress, 2012, S. 34 f.

Flächen, die durch ausländische Investoren erworben oder gepachtet werden, an Standorten mit Bewässerungspotential [liegt].<sup>33</sup>

Die Verbindung zwischen der Nahrungsmittelkrise und Land Grabbing wird dadurch deutlich, dass nach dem starken Anstieg der Nahrungsmittelpreise Medienberichten zufolge die Landakquisitionen ebenfalls enorm zunahmten (siehe Abbildung 4, S. 24).

Die hohen Ölpreise zwischen 2007 und 2009 führten in den erdölabhängigen Ländern zu einer steigenden Nachfrage nach Agrotreibstoffen. Da diese Staaten, allen voran die EU und die USA, aber auch Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien langfristig unabhängig von fossilen Brennstoffen werden wollten, förderten sie nun die Agrotreibstoffproduktion, wodurch es zu einer enormen Produktivitätssteigerung auf diesem Gebiet kam. So verfünffachte sich die Produktion von Agrarerzeugnissen für die Treibstoffherstellung in den letzten zehn Jahren. Um ihre Ziele in Bezug auf „Biosprit“ zu erreichen, schafften viele Staaten zudem deutliche Anreize wie Subventionen oder sogar Steuervergünstigungen für private Investoren, die in Agrartreibstoffe investieren.<sup>34</sup> Auf der Suche nach verfügbaren Flächen, die in den Heimatländern der meist aus Industrienationen stammenden Investoren rar sind, werden die Investoren meistens in afrikanischen Entwicklungsländern fündig. Die geringeren Produktionskosten und günstigeren Produktionsbedingungen in diesen Zielländern sind zudem ein weiteres Kriterium für die ausländischen Direktinvestitionen in landwirtschaftliche Flächen.<sup>35</sup>

Seit der Finanzkrise 2008, die das Vertrauen vieler Anleger in die internationalen Finanzmärkte aufgrund des Absturzes der Aktienmärkte und der geplatzten Immobilienblase in den USA erschüttert hat, sehen Investoren den Erwerb von Ackerland zudem als sichere Geldanlage.<sup>36</sup> Hinzu kommt, dass sich Investoren angesichts der erwarteten steigenden Nachfrage nach Agrarprodukten aufgrund der bereits im obigen Abschnitt beschriebenen zunehmenden Agrotreibstoffproduktion, des Bevölkerungswachstums und des steigenden Fleischkonsums, finanzielle Renditen aus den Investitionen in Land versprechen.<sup>37</sup> Die daraus resultierende Flächenverknappung verspricht außerdem eine Wertsteigerung des Landes, die wiederum weitere Landkäufe bzw. –pachten zur Folge hat und somit Spekulanten anlockt.<sup>38</sup> Anreize für diese Spekulanten, in Land zu investieren, bieten auch „die erwarteten Renditen von 5-35% pro Jahr bzw. die Gesamtrenditen von bis zu 315% der ursprünglichen Kapitalanlage

---

<sup>33</sup> BMZ, 2009, S. 6

<sup>34</sup> vgl. Kress, 2012, S. 38 f.

<sup>35</sup> vgl. BMZ, 2009, S. 6

<sup>36</sup> vgl. Goeser, 2011, S. 6

<sup>37</sup> vgl. Liberti, 2012, S. 120

<sup>38</sup> vgl. BMZ, 2012, S. 13 f.

nach Ende der durchschnittlich 5 bis 15 Jahre währenden Fonds-Laufzeiten.“<sup>39</sup> Die Annahme, dass es sich bei einigen der Investoren um Spekulanten handeln könnte, wird zudem von der Tatsache gestützt, dass mehr als drei Viertel der im Zuge großflächiger Landkäufe- und Pachten erworbenen Flächen noch nicht bewirtschaftet werden (siehe Abbildung 5, S.25).

### 3. Die Akteure

Ebenso vielfältig wie die Gründe für Land Grabbing sind auch die beteiligten Akteure. Im Allgemeinen wird zwischen staatlichen, halb-staatlichen und privaten Akteuren unterschieden, wobei die Mehrheit der Investoren aus dem Privatsektor stammt.<sup>40</sup> Innerhalb dieses Sektors wiederum spielen Finanzinstitute die wichtigste Rolle, insbesondere Anlagefonds. Sie stellen mit knapp 30 Prozent noch vor Industrieunternehmen die größte Gruppe dar. 44 Prozent der an Land Grabbing beteiligten Anlagefonds stammen aus Europa. Die privaten Investoren versprechen sich sichere Renditen.<sup>41</sup> Diese Aussicht auf Profite „[...] erklärt auch den hohen Anteil an Investoren aus „Agribusiness“ –fernen Branchen [...].“<sup>42</sup> Kreditanstalten und Versicherungen stellen eine weitere wichtige Akteursgruppe aus dem Privatsektor dar.<sup>43</sup> So legte beispielsweise die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe (ÄVWL) im Jahr 2011 100 Millionen US-Dollar in der Firma TIAA-CREF Global Agriculture (TCGA) an. Diese ist eine Tochterfirma des US-amerikanischen Versorgungswerkes TIAA-CREF. Gemeinsam mit TCGA hat dieses Finanzunternehmen weltweit bisher 5 Milliarden US-Dollar für Investitionen in Agrarland akkumuliert und circa 500.000 Hektar Land erworben, fast die Hälfte davon in Brasilien. Dort beauftragte es jedoch weitere Konzerne mit dem Kauf der Agrarflächen, die wiederum die Bewirtschaftung des Landes an andere Unternehmen weitergeben. Wie das Beispiel zeigt, ist es aufgrund der komplizierten Firmengeflechte oftmals sehr schwierig - oder sogar nahezu unmöglich - die von einer Firma gekauften Flächen zu identifizieren.<sup>44</sup> Während private Investoren hauptsächlich durch mögliche hohe Profite angelockt werden, haben Investitionen in Land, bei denen staatliche Institutionen involviert sind, größtenteils die sichere Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Nahrung und Energie zum Ziel.<sup>45</sup> So kaufen oder pachten insbesondere Regierungen aus Asien und dem arabischen Raum Ackerflächen,

---

<sup>39</sup> Kress, 2012, S. 43

<sup>40</sup> vgl. BMZ, 2012, S. 13

<sup>41</sup> vgl. Herre, 2010, S.1

<sup>42</sup> Kress, 2012, S. 49

<sup>43</sup> vgl. ebd. S. 51

<sup>44</sup> vgl. Flyer 1

<sup>45</sup> Vgl. Kress, 2012, S. 49

*„um sich unabhängig von den Weltmarktpreisen zu machen. Insbesondere die Golfstaaten, Südkorea und China bauen Nahrungsmittel für die heimische Bevölkerung in Entwicklungsländern an. Die saudische Regierung unterstützt beispielsweise mehrere große Unternehmen, die umgerechnet 76 Millionen Euro in den Anbau von Weizen, Zucker und Sojabohnen in asiatischen und afrikanischen Ländern investieren wollen. Im März 2009 wurden bereits die ersten Reislieferungen aus Äthiopien, einem der ärmsten Länder der Welt, nach Saudi-Arabien verschifft.“<sup>46</sup>*

Doch auch die Rolle und Bedeutung von nationalen Akteuren in den Zielstaaten der Landakquisitionen darf nicht unterschätzt werden. So verweisen zum Beispiel Kersting und Doevenspeck auf eine Einschätzung, nach der rund 95 Prozent der an Landkäufen- und Pachten beteiligten Investoren in Benin, Burkina Faso und Niger aus dem Inland kommen. Zudem ermöglichen diese nationalen Akteure den internationalen Investoren oftmals erst den Zugang zum Agrarflächenmarkt, da inländische Gesetzgebungen teilweise ausländischen Unternehmern den Kauf von Landflächen verwehren und sie deshalb mit nationalen Firmen kooperieren müssen.<sup>47</sup> Andere Zielstaaten wiederum fördern konkret die Investitionsbestrebungen internationaler Akteure in die Landwirtschaft, indem sie günstige Rahmenbedingungen schaffen oder sich durch Staatsfonds sogar indirekt an den Investitionen beteiligen.<sup>48</sup> Überhaupt sind die Regierungen der Zielstaaten für die Investoren gerade in Subsahara-Afrika häufig wichtige Vertragspartner, da die Besitztitel über Land dort meistens beim Staat liegen oder aber nicht eindeutig zu bestimmen sind.<sup>49</sup>

Insgesamt lässt sich sagen, dass die an Land Grabbing beteiligten internationalen Investoren hauptsächlich aus westlichen Industrienationen sowie aus Staaten des arabischen und asiatischen Raumes stammen, während die Zielländer überwiegend in Subsahara-Afrika liegen (siehe Abbildung 6, S. 26).

#### **4. Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung**

Einige Beobachter sehen große Chancen im aktuellen Trend von Investitionen in die Landwirtschaft. Schließlich wurden solche Investitionen in den letzten Jahrzehnten insbesondere in Subsahara Afrika vernachlässigt, was zu einer Stagnation der durchschnittlichen Ernteerträge pro Hektar in diesem Gebiet führte. So liegen diese in Afrika derzeit bei 1,3 Tonnen pro Hektar, während in Ostasien beispielsweise 4,7 Tonnen pro Hektar erwirtschaftet werden.<sup>50</sup> Die Weltbank gibt daher in einem Bericht von 2009 zu bedenken, dass weite Teile der landwirtschaftlichen Flächen Afrikas unterbenutzt seien. In der Kommerzialisierung der Landwirtschaft auf den

---

<sup>46</sup> Goeser, 2011, S. 6

<sup>47</sup> vgl. Kersting/ Doevenspeck, 2013, S. 4 f.

<sup>48</sup> vgl. BMZ, 2012, S. 13

<sup>49</sup> vgl. Kress, 2012, S. 52

<sup>50</sup> vgl. de Shutter, 2011, S. 520

unterbenutzten Flächen sieht sie daher die Chance, die für 2040 prognostizierte Weltbevölkerung von neun Millionen Menschen ernähren zu können.<sup>51</sup>

Ausländische Direktinvestitionen böten daher die Möglichkeit, im Zuge dieser Kommerzialisierung die Produktivität der Landwirtschaft mithilfe von Kapital- und Technologietransfer sowie Vermittlung von Know-How zu steigern. Mit dieser Produktivitätssteigerung kann ein Zuwachs der Verfügbarkeit von Nahrung einhergehen, was wiederum die Ernährungssicherheit der Bevölkerung verbessert, vorausgesetzt, die Erträge werden dem lokalen Markt zugänglich gemacht und sind nicht ausschließlich für den Export bestimmt. Zudem können durch die Investitionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden und zwar sowohl im Agrar- als auch Nichtagrarbereich, weil die landwirtschaftlichen Produkte schließlich nicht nur erzeugt, sondern ggf. auch verarbeitet und weiter transportiert werden müssen.<sup>52</sup> Außerdem erhofft man sich durch ausländische Direktinvestitionen in den Agrarsektor eine Verbesserung der Infrastruktur. Diese kann der in den ländlichen Gebieten angesiedelten Bevölkerung zu einem leichteren Zugang zu den Märkten und somit zu Nahrungsmitteln verhelfen.<sup>53</sup> Eine weitere mögliche Chance zur Verbesserung der Ernährungssicherheit der Bevölkerung bieten höhere Staatseinnahmen, welche aus den Pachtgebühren und Steuern der Investoren an den Staat resultieren. Die Regierung könnte diese Mehreinnahmen verwenden, um wiederum in die lokale Produktion oder den Import von Nahrungsmitteln zu investieren und somit die Ernährungssicherheit zu erhöhen.<sup>54</sup> Eine Möglichkeit zur Einkommenssteigerung der Kleinbauern bietet auch die Vertragslandwirtschaft, bei der sie landwirtschaftliche Flächen für einen Investor kultivieren. Im Gegenzug erhalten sie Technologien und Know-how und können damit bestenfalls ihr Einkommen erhöhen, wenn der Investor auf akzeptable Arbeitsbedingungen achtet und ihnen einen fairen Lohn zahlt. Voraussetzung für diesen Erfolg ist jedoch eine in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht nachhaltige Landwirtschaft.<sup>55</sup>

Allerdings setzen die Investoren bei der Bewirtschaftung der akquirierten Flächen meistens auf großflächige industrielle Landwirtschaft, mit welcher der Einsatz von Maschinen, chemischen Düngern, Pestiziden und in manchen Fällen auch gentechnisch verändertem Saatgut einhergeht. Die Veränderung der Agrarstruktur von der kleinbäuerlichen Landwirtschaft hin zur industriellen Agrarproduktion bedroht auf langfristige Sicht die kleinbetriebliche Wirtschaft und damit zunächst die

---

<sup>51</sup> vgl. Demissie, 2015, S. 1 f.

<sup>52</sup> vgl. de Shutter, 2011, S. 520

<sup>53</sup> vgl. Kress, 2012, S. 98 f.

<sup>54</sup> vgl. de Shutter, 2009, S. 5

<sup>55</sup> vgl. Kress, 2012, S. 99ff.

Lebensgrundlage der Kleinbauern und schließlich auch deren Ernährungssicherheit. Auch besteht die Gefahr, dass die Investoren hauptsächlich landwirtschaftliche Erzeugnisse für den Export produzieren, weil sie sich davon höhere Profite versprechen.<sup>56</sup> Somit könnte es zu Monokulturen kommen, welche „ [...] die Böden langfristig auslaugen, was sie für zukünftige Generationen untauglich macht.“<sup>57</sup> Doch nicht nur die Monokulturen werden langfristig umweltschädlich sein, sondern auch der in der industriellen Landwirtschaft übliche starke Einsatz von chemischem Dünger und Pestiziden.<sup>58</sup> Hinzu kommt, dass die industrielle Landwirtschaft sehr kapitalintensiv ist, also viele Maschinen, Düngemittel und Pestizide eingesetzt werden, und demzufolge weniger Arbeitskräfte pro Flächeneinheit benötigt werden. Beschränkt sich der Investor in dem Zielland nur auf die Primärproduktion, entstehen auch keine Arbeitsplatzalternativen im weiterverarbeitenden Gewerbe oder in der Vermarktung. Und selbst wenn die ehemaligen Kleinbauern einen Arbeitsplatz im Betrieb des Investors erhalten, so verdienen sie oft nur ein Zehntel bis der Hälfte von ihrem früheren Ertrag als Kleinbauern. Dieser mit ausländischen Direktinvestitionen einhergehende Arbeitsplatzverlust bzw. die Reduzierung des Lohneinkommens kann sich in den Ländern des südlichen Afrikas vor allem aufgrund der Tatsache, dass in Entwicklungsländern noch immer 70-80 Prozent der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt sind, äußerst negativ auf die Ernährungssicherheit auswirken.<sup>59</sup> Zudem besteht die Gefahr, dass die ehemaligen Kleinbauern durch die Vertragslandwirtschaft in ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zum Investor rutschen, da sich ihnen keine anderen Arbeitsplatzalternativen bieten. Werden außerdem größtenteils Nahrungsmittel für den Export angebaut, führt das zur Abhängigkeit von den schwankenden Weltmarktpreisen. Daraus resultiert außerdem eine Importabhängigkeit, weil Nahrungsmittel, deren Anbau durch die Exportsorten verdrängt wurde, nun importiert werden müssen. Durch den zunehmenden Anbau von Pflanzen für Agrotreibstoff und ungenutzten landwirtschaftlichen Flächen, die dem Investor lediglich als Spekulationsobjekt dienen, wird die Importabhängigkeit der Zielländer zusätzlich verstärkt, was sich wiederum negativ auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung auswirkt.<sup>60</sup> Auch der von Befürwortern des Land Grabblings häufig genannte Technologietransfer, welcher zur Produktivitätssteigerung in kleinbäuerlichen Betrieben herangezogen werden soll, erweist sich meistens als illusorisch. Das liegt daran, dass die Technologien auf die industrielle Landwirtschaft ausgelegt und somit für

---

<sup>56</sup> vgl. Feyder, 2014, S. 135

<sup>57</sup> ebd. S. 135

<sup>58</sup> vgl. Kress, 2012, S. 98

<sup>59</sup> vgl. Goeser, 2011, S. 9 f.

<sup>60</sup> vgl. Kress, 2012, S. 102 f.

die Kleinbauern kaum nutzbar und meistens auch nicht erschwinglich sind. Hinzu kommt, dass die von der Weltbank als unterbenutzt bezeichneten Landflächen Afrikas die Existenzgrundlage für acht Millionen Kleinbauern bilden, welche einen Großteil der Nahrungsmittel Afrikas herstellen und 30 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitragen.<sup>61</sup> Das wohl größte Problem des Land Grabbing stellen jedoch Umsiedlungen und im schlimmsten Fall gewaltsame Vertreibungen der ansässigen Bevölkerung durch den Investor dar.<sup>62</sup> Dadurch „[...] verlieren die Menschen den Zugang zu den Ressourcen, die ihr Überleben sicherten, wie Brenn- und Bauholz, Nahrungsmittel, Wasser und Siedlungsraum. Kompensationen für diese Verluste sind selten oder unzureichend.“<sup>63</sup> Aufgrund der bereits erwähnten oftmals fehlenden Besitzrechte für Land der Kleinbauern, können sie sich gegen die Umsiedlungen oft nicht wehren. Auch besteht die Gefahr, dass sie beim Fehlen dieser Titel von den Verhandlungen über den Verkauf bzw. die Pacht der Landflächen zwischen den Investoren und ihrer Regierung ausgeschlossen werden. Den Regierungen kommt bei den Verhandlungen solcher Verträge also eine äußerst verantwortungsvolle Rolle zu. Sind die Verträge nämlich intransparent und erstreckt sich die Pachtdauer über einen langen Zeitraum von beispielsweise 99 Jahren, kann die Ernährungssicherheit der Landbevölkerung nachhaltig beeinträchtigt werden.<sup>64</sup>

Insofern wird klar, dass Land Grabbing sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung haben kann. Entscheidend dafür ist die Ausgestaltung der Verträge zwischen der Regierung und dem Investor: Wird die betroffenen Bevölkerung an diesem Prozess beteiligt, werden ihre traditionellen Nutzungsrechte im Vertrag festgeschrieben und wird der Investor zu Auflagen hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, fairen Arbeitsbedingungen, Steuerzahlungen und nachhaltiger Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft verpflichtet, so kann die Ernährungssicherheit der Bevölkerung tatsächlich verbessert werden. Trifft dies jedoch wie in den meisten dokumentierten Fällen nicht zu, so ist eine Verschlechterung der Ernährungssicherheit hin zu einer Ernährungsunsicherheit wahrscheinlich.

## **5. Die Position des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

In dem im Januar 2012 vom BMZ veröffentlichten Strategiepapier zum Thema Investitionen in Land und „Land Grabbing“ wird die Position der deutschen

---

<sup>61</sup> vgl. Demissie, 2015, S. 1 f.

<sup>62</sup> vgl. Kaphenhengst/Bahn, 2012, S. 54

<sup>63</sup> ebd., S. 54

<sup>64</sup> vgl. Kress, 2012, S. 101 f.

Entwicklungspolitik deutlich. Diese sieht zum einen große Chancen in dem aktuellen Trend hin zu Investitionen in die Landwirtschaft, da diese „ [...] zu Kapital- und Technologietransfer, [...] besserer Infrastruktur, Produktivitätssteigerung, Einkommensgenerierung und somit zu Verbesserung der Ernährungssicherheit führen [kann].“<sup>65</sup> Zum anderen weist sie jedoch darauf hin, dass bei diesen Investitionen auch die Gefahr einer Fehlentwicklung droht und es statt der eigentlich möglichen positiven Auswirkungen zu negativen Folgen wie Ausbeutung der Ressourcen oder Vertreibungen der örtlichen Bevölkerung kommt. Auffällig ist, dass in dem Strategiepapier verantwortungslose und aus rein spekulativem Interesse getätigte Landinvestitionen als „Land Grabbing“ bezeichnet werden, während bei den Chancen und Möglichkeiten von Investitionen in Land die Rede ist. Der Begriff „Land Grabbing“ ist in diesem Papier also negativ konnotiert, wohingegen „Landinvestitionen“ eher als neutral und positiv verwendet werden. Die deutsche Entwicklungspolitik setzt es sich zum Ziel, die verantwortungslose Aneignung von Land in Zukunft zu verhindern und stattdessen zu erreichen, dass es bei zukünftigen Landinvestitionen auf beiden Seiten nur Gewinner gibt.<sup>66</sup> Um dieses Ziel eines entwicklungspolitischen Nutzens durch Landinvestitionen zu verwirklichen, hat das BMZ sechs Grundprinzipien aufgestellt, deren Einhaltung für das Eintreten eines solchen Erfolges Voraussetzung ist. Diese Prinzipien sind zum einen die Partizipation der lokalen Bevölkerung an den Verhandlungen sowie Transparenz und Rechenschaftslegung bei Landkäufen- bzw. Pachten. Zudem müssen bestehende Land- und Wasserrechte anerkannt und in den Kauf- und Pachtverträgen festgeschrieben werden. Im Falle von Umsiedlungen, die nur bei einer nachweislichen Unvermeidbarkeit erlaubt sind, muss darauf geachtet werden, dass diese nach menschenrechtlichen Richtlinien erfolgen und die betroffene Bevölkerung ggf. Entschädigungen erhält. Außerdem dürfen durch die Landinvestitionen nicht die Menschenrechte auf Nahrung und Wasser verletzt werden. Auch sollen die natürlichen Ressourcen geschützt und bei der Landnutzung auf Nachhaltigkeit geachtet werden. Schließlich müsse die lokale Bevölkerung gerecht am Nutzen der Investition beteiligt werden.<sup>67</sup> Das BMZ versichert in dem Strategiepapier, dass alle Vorhaben der deutschen Entwicklungspolitik hinsichtlich Landwirtschaftsinvestitionen diese Grundprinzipien befolgen.<sup>68</sup>

---

<sup>65</sup> BMZ, 2012, S. 5

<sup>66</sup> vgl. ebd., S. 3 ff.

<sup>67</sup> vgl. ebd., S. 15 ff.

<sup>68</sup> vgl. ebd., S. 10

Kritiker bemängeln, dass in dem Strategiepapier des BMZ eine Auseinandersetzung mit an Land Grabbing beteiligten deutschen Akteuren fehle und eine kritische Perspektive auf die eigene Politik nicht vorhanden sei.<sup>69</sup>

Das folgende Beispiel aus Sambia lässt zudem Zweifel daran aufkommen, ob die deutsche Entwicklungshilfe tatsächlich die Einhaltung ihrer selbstaufgelegten Grundprinzipien bei der Zusammenarbeit mit Investoren überprüft.

## **6. Fallbeispiel Sambia**

Wie die meisten afrikanischen Staaten verfügt auch Sambia über ein duales Landsystem, bei dem alles Land formell in Staatsbesitz ist, jedoch durch traditionelle Landrechte von der lokalen Bevölkerung genutzt werden kann.<sup>70</sup> Allerdings wurden seit Mitte der 1990er Jahre immer wieder weite Landflächen an Großbetriebe transferiert, weshalb heute nur noch schätzungsweise 60 Prozent des Landes unter traditioneller Verwaltung stehen.<sup>71</sup> Diese Entwicklungen sind bedenklich vor dem Hintergrund, dass die Landwirtschaft für 85 Prozent der Bevölkerung Sambias die Existenzgrundlage bildet und die ärmsten 25 Prozent aller sambischen Haushalte durchschnittlich nur 0,6 Hektar Land besitzen.<sup>72</sup>

Um Investitionen in die Landwirtschaft zu verstärken, hat die sambische Regierung einige ökonomische Anreize für das Agrobusiness geschaffen. So müssen Investoren beispielsweise ihre erzielten Gewinne in den ersten fünf Jahren nicht versteuern und es werden außerdem weder Einfuhrzölle noch Mehrwertsteuer auf Düngemittel und Pestizide erhoben. Zudem hat Sambia ein Investitionsschutzabkommen mit Deutschland ratifiziert. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass einige deutsche Finanzakteure gerade in Sambia an Land Grabbing beteiligt sind.<sup>73</sup> Neben den von privaten Finanzinvestoren getätigten Landakquisitionen in Sambia gibt es jedoch auch ein paar Beispiele für großflächige Agrarinvestitionen, die durch öffentliche Institutionen finanziert wurden. So ist beispielsweise die deutsche Entwicklungshilfe über eine ihrer Entwicklungsbanken indirekt bei Investitionen in Land involviert. Im Folgenden soll dieser Fall näher beschrieben werden.

Zambeef Products PLC, einer der größten Agrar- und Ernährungskonzerne im südlichen Afrika, ist ein Schlüsselakteur des Agrobusiness in Sambia. Das Unternehmen nutzt das Geschäftsmodell der sogenannten „vertikalen Integration“, was bedeutet, dass sowohl die Primärproduktion als auch die Weiterverarbeitung und schließlich der

---

<sup>69</sup> vgl. Kaphengst/Bahn, 2012, S. 69

<sup>70</sup> vgl. Herre, 2013, S. 6 f.

<sup>71</sup> vgl. Fatfat, 2014, S. 3

<sup>72</sup> vgl. Herre, 2013, S. 7

<sup>73</sup> vgl. ebd., S. 9

Vertrieb der Produkte innerhalb des firmeneigenen Einzelhandelsnetzwerkes abgewickelt werden.<sup>74</sup> Dieses Businessmodell gibt Zambeef die Möglichkeit, „[...] Wertschöpfung und Gewinnabschöpfung entlang der Produktionskette [...] [zu sichern]“.<sup>75</sup>

Das Unternehmen ist größtenteils durch Zahlungsmittel aus Entwicklungsbanken wie der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und der International Finance Corporation (IFC) finanziert. Letztere ist eine Organisation der Weltbank und steuerte Zambeef 28,7 Millionen Euro an Krediten bei während die DEG, die innerhalb der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands für die Förderung der Privatwirtschaft zuständig ist, mit 15,2 Millionen Euro beteiligt war.<sup>76</sup> Zudem gewährte die DEG dem Unternehmen im Jahr 2013 einen weiteren Kredit in Höhe von zehn Millionen US-Dollar. In den letzten Jahren hat Zambeef über 100.000 Hektar Land in Sambia erworben.<sup>77</sup> Über 46.000 Hektar davon entfallen auf die drei Farmen des Mpongwe Estate, die in einer der ertragreichsten Gegenden Sambias liegen und die Zambeef im Jahr 2011 dem Agrobusinessunternehmen ETC Bio-Energy abgekauft hat. Bereits im Jahr 2003 war Mpongwe Estate Schauplatz eines Landkonfliktes zwischen den Dorfbewohnern und dem Vorbesitzer des Landes, der Mpongwe Development Company (MDC).<sup>78</sup> Schon damals wurden die Hütten der Dorfbewohner angezündet und die Bevölkerung vertrieben. Daraufhin klagten die Bewohner gegen MDC und bekamen vom ersten Gericht auch Recht, jedoch revidierte die oberste Instanz das Urteil und entschied zu Gunsten der MDC. In der Zwischenzeit durften die Dorfbewohner, welche Kleinbauern sind und somit fruchtbares Land als Existenzgrundlage benötigen, nochmal in ihr Dorf zurückkehren. Allerdings wurden sie 2010 erneut vertrieben, diesmal durch ETC Bio-Energy, welches das Land inzwischen der MDC abgekauft hatte. Bei dieser Vertreibung wurden die Hütten erneut in Brand gesteckt und die Ernte der Kleinbauern vernichtet. Einige Monate später wurde die Farm durch Zambeef übernommen. Roman Herre, ein Mitarbeiter von FIAN, einer Organisation, die sich weltweit für das Recht auf Nahrung einsetzt, kritisiert das Vorgehen der DEG in diesem Fall. Er wirft ihr vor, dass sie die Pläne von Zambeef zur Übernahme der Farm in Mpongwe Estate nicht geprüft und auch nicht auf mögliche Menschenrechtsverletzungen und alte Landkonflikte in der betroffenen Region geachtet habe als sie Zambeef die zwei deutschen Entwicklungskredite in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro ausstellte. Auf Anfrage von FIAN gab die DEG zudem keine

---

<sup>74</sup> vgl. ebd., S. 16

<sup>75</sup> ebd., S. 16

<sup>76</sup> vgl. ebd., S. 16

<sup>77</sup> vgl. Fatfat, 2014, S. 3

<sup>78</sup> vgl. Herre, 2013, S. 17

Informationen über die Investitionen in Zambeef preis.<sup>79</sup> Sie weist lediglich darauf hin, „[...] dass der Erwerb der Farm nicht Gegenstand der Finanzierung gewesen sei.“<sup>80</sup> Die Kritiker hingegen führen an, dass die Kredite der DEG Zambeef erst die Möglichkeit gaben, Investitionen zu tätigen. Im konkreten Fall in Mpongwe Estate errichtete Zambeef einen Zaun rund um die Farm, auf der das Unternehmen eine Agrarfabrik baute. Ein paar wenige der ehemaligen Dorfbewohner haben bei Zambeef Arbeit auf der Farm gefunden. Für ihre Kinder hat das Unternehmen auf dem Gelände eine Schule gegründet, die theoretisch zwar auch den übrigen Kindern offen steht, jedoch nur, wenn ihre Eltern das Schulgeld bezahlen können. Außerdem hat Zambeef auch die medizinische Versorgung seiner Arbeiter sichergestellt. Die Kleinbauern, die vor dem Zaun leben, sind hingegen arbeitslos, da ihr früheres, fruchtbares Land nun Teil der Farm von Zambeef ist. Um ihre Familien zu ernähren, müssen sie kilometerweit entferntes Land pachten, welches meistens jedoch nicht so ertragreich ist wie das alte, weshalb die Ernte oft nicht genug Nahrung bietet. Zudem hat das betroffene Dorf nur eine Quelle, aus welcher die Dorfbewohner ihr Trinkwasser beziehen. Zambeef pumpt jedoch ebenfalls das Wasser, welches für die Bewässerung der Felder benötigt wird, aus dieser Quelle ab. Gibt es nicht genug Regen, droht die Austrocknung der Quelle und die Dorfbewohner haben mit Wassermangel zu kämpfen. Hinzu kommt, dass Zambeef Pestizide auf die Felder sprüht, die auch in die Quelle gelangen und somit das Trinkwasser der Einwohner verunreinigen.<sup>81</sup>

### **III. Fazit**

Die Untersuchung der Auswirkungen einer Liberalisierung der Märkte auf die Ernährungssicherheit hat gezeigt, dass die erhoffte Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der afrikanischen Landwirtschaft in den meisten Fällen nicht eintraf. Dies war den Exportsubventionen anderer Länder geschuldet, die ihre Agrarerzeugnisse zu Dumpingpreisen auf die afrikanischen Märkte drückten und den lokalen Bauern keine Chance ließen, ihre Konkurrenzfähigkeit zu steigern. Wenn die afrikanischen Landwirte ihre Produktion auf Exportgüter ausrichteten, um höhere Gewinne zu erzielen, so wurden sie einerseits extrem abhängig von schwankenden Weltmarktpreisen während ihr Heimatland Importabhängig wurde. Diese Abhängigkeit macht die betroffenen Staaten gerade in Zeiten von Nahrungsmittelkrisen äußerst anfällig für Ernährungsunsicherheiten. Auch wenn die Importliberalisierung Nahrungsmittel für die urbane Bevölkerung in manchen Fällen erschwinglicher machte,

---

<sup>79</sup> vgl. Internetquelle 2

<sup>80</sup> ebd., 8:23-8:29 min.

<sup>81</sup> vgl. ebd.

so hat doch das Beispiel der Reisbauern in Ghana gezeigt, dass die Kleinbauern dadurch Einkommenseinbußen zu verzeichnen haben und stärker von Unterernährung betroffen sind. Da der Großteil der Bevölkerung in Subsahara-Afrika von der Landwirtschaft lebt, kann geschlussfolgert werden, dass die Liberalisierung insgesamt zu einer Verschlechterung der Ernährungssicherheit führte.

Auch das aktuelle Phänomen des Land Grabblings muss im Hinblick auf die Ernährungssicherheit durchaus kritisch betrachtet werden. So konnte während der gesamten Recherche für die vorliegende Arbeit kein einziger Fall gefunden werden, in dem durch Landakquisitionen eine „win-win“-Situation für alle Beteiligten entstand. Bei der Vorstellung von über 100 Fallstudien zum Thema Land Grabbing auf einer Konferenz an der Universität Sussex, konnte ebenfalls keine einzige dieser Studien positive Ergebnisse vorweisen. Insofern ist es umso erstaunlicher, dass die deutsche Entwicklungshilfe noch immer unter dem Verweis auf mögliche positive Effekte gezielt private Investoren finanziert, um Investitionen in die Landwirtschaft zu fördern.<sup>82</sup> Wie das Beispiel des sambischen Dorfes offenbart, scheint das BMZ die Projekte seiner privaten Partner auch nicht immer auf eine Übereinstimmung mit seinen selbst auferlegten Kriterien zu überprüfen.

In der Untersuchung wurde zudem deutlich, dass bei den meisten privaten Investoren in erster Linie Profite und bei staatlichen Investoren wie den Golfstaaten die Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung im Fokus stehen. Die Ernährungssicherheit der Zielländer wird dabei ausgeblendet. Letztlich lässt sich sagen, dass die Handelsliberalisierung als indirekte und Land Grabbing als direkte Investitionen in den Hunger angesehen werden können, obwohl die Beteiligten das wohl nicht zum Ziel hatten. Zwar haben beide Erscheinungen bisher keine akuten Hungersnöte verursacht, jedoch führten sie in einigen Fällen zu chronischem Hunger, vor allem bei den Kleinbauern.

### **C) Verhinderung von Investitionen in den Hunger als Prävention von Fluchtursachen**

Ob der durch Land Grabbing und Handelsliberalisierung verursachte Hunger tatsächlich die betroffene Bevölkerung zur Flucht nach Europa zwingt, ist schwer nachweisbar. Jedoch liegt es nahe, dass Hunger ein wichtiges Motiv für einen solchen Schritt sein kann. Wollen die Politiker ihren Worten Taten folgen lassen und die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessern, so gilt es zunächst, die Investitionen in den Hunger zu verhindern.

---

<sup>82</sup> vgl. Interview mit Roman Herre, S. 27

## D) Literaturverzeichnis

### Bücher und Zeitschriften:

- Asuming-Brempong, Samuel (1998): Profitability, Competitiveness and Welfare Effects of Trade Liberalisation on the Rice Sub-Sector in Ghana. in: Tshibaka, Tshikala (Hrsg.): Structural Adjustment and Agriculture in West Africa. Dakar, S. 217-246.
- Demissie, Fassil (2015): The new scramble over Africa's farmland: an introduction. In: Demissie, Fassil (Hrsg.): Land Grabbing in Africa. The Race for Africa's Rich Farmland, New York, S. 1-5.
- De Shutter, Olivier (2011): The Green Rush: The Global Race for Farmland and the Rights of Land Users. in: Harvard International Law Journal. Volume 52, Heftnummer 2, 2011, S. 504-559.
- Faruqee, Rashid/ Husain, Ishrat (1994): Adjustment in seven African countries. In: Husain, Ishrat/ Faruqee, Rashid (Hrsg.): Adjustment in Africa. Lessons from Country Case Studies, 1994, Washington, S. 1-10.
- Fatfat, Marco (2014): Investitionen in Hunger. Aktiv gemanagtes Agrarland- eine zweifelhafte Kapitalanlage für institutionelle Anleger, Köln.
- Feyder, Jean (2014): MORDSHUNGER. Wer profitiert vom Elend der armen Länder?, Frankfurt/Main.
- Garbers, Frank/ Hirsch, Thomas/ Paasch, Armin (2007): Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung. Fallstudien zu Ghana, Honduras, und Indonesien, Stuttgart.
- Golay, Christophe/ Biglino, Irene (2013): Human Rights Responses to Land Grabbing: a right to food perspective. In: Third World Quarterly. Volume 34, Heftnummer 9, 2013, S. 1630-1650.
- Herre, Roman (2010): Agrarfonds schüren globalen Landraub. Wie deutsche Banken und Investmentfirmen Land Grabbing finanzieren, Köln.
- Kaphenhengst, Timo/ Bahn, Evelyn (2012): Land Grabbing. Der globale Wettlauf um Agrarland, Hamburg.
- Kersting, Philippe/ DoevenSpeck, Martin (2013): Land grabbing in Afrika- Begriffsbestimmung, Merkmale und Bewertung. In: Müller-Mahn, Detlef/ Obermaier, Gabi (Hrsg.): Bayreuther Kontaktstudium Geographie. Afrika, Band 7, Bayreuth, S. 1-16.
- Kress, Daniela (2012): Investitionen in den Hunger?. Land Grabbing und Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika, Wiesbaden.
- Liberti, Stefano (2012): Landraub. Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus, Bonn.
- Rodríguez-Labajos, Beatriz/ Temper, Leah/ Argülles, Lucía (2015): Die neuen Akteure im Kampf um Land. Warum globale Umweltkonflikte zunehmen und wie die traditionelle Subsistenzwirtschaft zerstört wird, in: Le Monde diplomatique/ taz Verlags- und Betriebs GmbH (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr, Berlin, S. 70-71.
- Sarris, Alexander/ Shams, Hadi (1991): GHANA UNDER STRUCTURAL ADJUSTMENT: The impact on agriculture and the rural poor, New York.

### Flyer:

- Flyer 1: Pensionskassen greifen nach Agrarland, Köln, 2014.

## **Internetquellen:**

- Rakotoarisoa, Manitra A./ Iafrate, Massimo/ Paschali, Marianna (2012): WHY HAS AFRICA BECOME A NET FOOD IMPORTER?. Explaining Africa agricultural and food trade deficits. <http://www.fao.org/docrep/015/i2497e/i2497e00.pdf> (Stand: 07.08.2015)
- Haimerl, Kathrin (2010): Recht auf Ernährung- „20 Jahre fehlgeleitete Politik“. <http://www.sueddeutsche.de/politik/recht-auf-ernaehrung-jahre-fehlgeleitete-politik-1.212833> (Stand: 18.03. 2015)
- Reichert, Tobias (2011): Wer ernährt die Welt?. Die europäische Agrarpolitik und Hunger in Entwicklungsländern. [http://www.misereor.org/fileadmin/redaktion/MISEREOR\\_Wer%20ernaehrt%20die%20Welt.pdf](http://www.misereor.org/fileadmin/redaktion/MISEREOR_Wer%20ernaehrt%20die%20Welt.pdf) (Stand: 08.09.2015)
- Internetquelle 1: Landmatrix (Hrsg., 2015): Compare the size. <http://www.landmatrix.org/en/get-the-idea/compare-size/> (Stand: 08.11.2015)
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg., 2009): Entwicklungspolitische Positionierung zum Thema: Großflächige Landkäufe und –pachten in Entwicklungsländern- „Land Grabbing“. Diskussionspapier. <http://www.themenplattform-ez.de/wp-content/uploads/2012/07/BMZ-Diskurs-14-Land-Grabbing.pdf> (Stand: 07.08.2015)
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg., 2012): Investitionen in Land und das Phänomen des „Land Grabbing“. Herausforderungen für die Entwicklungspolitik. [https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier316\\_2\\_2012.pdf](https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier316_2_2012.pdf) (Stand: 23. 06. 2015)
- Goeser, Helmut (2011): Land Grabbing. Ursachen, Wirkungen, Handelsbedarf. <https://www.bundestag.de/blob/192332/e135367c9c5de7bbfdf987adda71c606/land-grabbing-data.pdf> (Stand: 05.08.2015)
- De Shutter, Olivier (2009): Large-scale land acquisitions and leases: A set of core principles and measures to address the human rights challenge. <http://www2.ohchr.org/english/issues/food/docs/BriefingNotelandgrab.pdf> (Stand: 16.05.2015)
- Herre, Roman (2013): Agribusiness-Expansion, Land Grabbing und die Rolle europäischer privater und öffentlicher Gelder in Sambia. Eine Bewertung basierend auf dem Recht auf Nahrung. [http://www.fian.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/shop/Land\\_Grabbing/13\\_12\\_FI\\_AN\\_Sambia\\_DE.pdf](http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/13_12_FI_AN_Sambia_DE.pdf) (Stand: 27.06.2015)
- Internetquelle 2: Westdeutscher Rundfunk (WDR) (Hrsg., 2015): Hungrig nach Profit- Wem dient die deutsche Entwicklungshilfe?. <http://www.ardmediathek.de/tv/die-story/Hungrig-nach-Profit-Wem-dient-die-deut/WDR-Fernsehen/Video?documentId=30447662&bcastId=7486242> (Stand: 08.09.2015)

## **Quelle des Titelbilds:**

- Freunde der Erziehungskunst Rudolph Steiners e.V. (Hrsg., 2015): [https://www.freunde-waldorf.de/uploads/pics/Part\\_Isman\\_Nyendo\\_Logo.jpg](https://www.freunde-waldorf.de/uploads/pics/Part_Isman_Nyendo_Logo.jpg) (Stand: 09.11.2015)

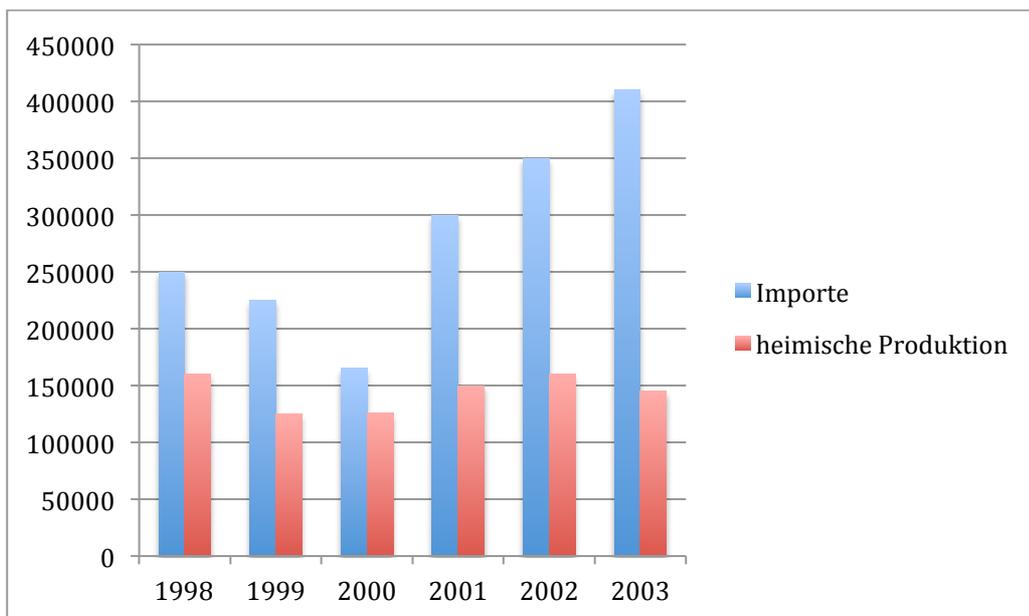
## E) Abbildungsverzeichnis

**Abb. 1: Verhältnis vom Reispreis zum Düngemittelpreis in Ghana (1970-1992)**

Jahr	Reispreis (Paddy) (C/kg)	Düngemittelpreis (C/kg)	Reispreis/ Düngemittelpreis
1970-1974	0,14	0,06	2,3
1975-1979	0,91	0,13	7,0
1980	3,49	0,30	11,6
1981	5,12	0,60	8,5
1982	6,71	0,60	11,2
1983	21,95	1,16	18,9
1984	22,00	8,80	2,5
1985	22,62	8,80	2,6
1986	43,22	15,6	2,8
1987	74,42	27,6	2,7
1988	136,16	46,0	2,9
1989	138,61	67,0	2,1
1990	129,52	90,82	1,4
1991	134,94	106,82	1,3
1992	136,95	139,57	0,9

**Quelle:** eigene Darstellung nach Asuming-Brempong, Samuel (1998): Profitability, Competitiveness and Welfare Effects of Trade Liberalisation on the Rice Sub-Sector in Ghana. in: Tshibaka, Tshikala (Hrsg.): Structural Adjustment and Agriculture in West Africa. Dakar, S. 217-246.

**Abb. 2: Reisproduktion in Ghana, Einfuhren und mutmaßlicher Verbrauch in Tonnen (1998 - 2003)**



**Quelle:** eigene Darstellung nach Garbers, Frank/ Hirsch, Thomas/ Paasch, Armin (2007): Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung. Fallstudien zu Ghana, Honduras, und Indonesien, Stuttgart.

**Abb. 3: Durchschnittliche Preise des lokal produzierten Reises gegenüber den durchschnittlichen Preisen für Importreis in Ghana**

*(Abbildung aufgrund fehlender Rechte entfernt)*

**Quelle:** Dr. Garbers, Frank/ Hirsch, Thomas/ Paasch, Armin (2007): Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung. Fallstudien zu Ghana, Honduras, und Indonesien, Stuttgart.

**Abb. 4: Entwicklung der Lebensmittelpreise und der Presseberichte über Landakquisitionen**

*(Abbildung aufgrund fehlender Rechte entfernt)*

**Quelle:** Kersting, Philippe/ Doevenspeck, Martin (2013): Land grabbing in Afrika- Begriffsbestimmung, Merkmale und Bewertung. In: Müller-Mahn, Detlef/ Obermaier, Gabi (Hrsg.): Bayreuther Kontaktstudium Geographie. Afrika, Band 7, Bayreuth, S. 1-16.

**Abb. 5: Flächennutzung und Produktionsstatus der akquirierten Flächen**

*(Abbildung aufgrund fehlender Rechte entfernt)*

**Quelle:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg., 2012): Investitionen in Land und das Phänomen des „Land Grabbing. Herausforderungen für die Entwicklungspolitik.  
[https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier316\\_2\\_2012.pdf](https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier316_2_2012.pdf) (Stand: 23. 06. 2012)

**Abb. 6: Karte zu Größe und Lage der Landverkäufer sowie zur Herkunft der Investoren**

*(Abbildung aufgrund fehlender Rechte entfernt)*

**Quelle:** Rodríguez-Labajos, Beatriz/ Temper, Leah/ Argülles, Lucía (2015): Die neuen Akteure im Kampf um Land. Warum globale Umweltkonflikte zunehmen und wie die traditionelle Subsistenzwirtschaft zerstört wird, in: Le Monde diplomatique/ taz Verlags-und Betriebs GmbH (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr, Berlin, S. 70-71.

### Interview mit Roman Herre

**Milena Wilkens:** Herr Herre, haben Sie seit der Veröffentlichung Ihrer Studie zu Land Grabbing in Sambia weitere Erkenntnisse über den speziellen Fall von Zambeef und die Beteiligung der DEG an diesem Unternehmen gewonnen?

**Roman Herre:** Es gab vor ca. zwei Monaten einen Film vom WDR in der Rubrik „Die Story“, der diesen speziellen Fall aufgreift und die neuesten Erkenntnisse darstellt. Im nächsten Jahr will FIAN die Untersuchung dieses Falles jedoch weiter fortführen.

**M.W.:** Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Land Grabbing und der aktuellen Flüchtlingskrise?

**R.H.:** Zusammenhänge zwischen beiden Themen werden derzeit natürlich sehr gerne konstruiert, weil das rhetorisch gut zusammenpasst. Es ist allerdings sehr, sehr schwierig, das konkret auf einzelne Fälle herunter zu brechen. Mir ist bisher ein Fall bekannt, in dem ein Kambodschaner aufgrund von Land Grabbing und politischer Unruhen und weil er sich dagegen wehrt Asyl hier in Deutschland sucht. Hier gibt es also einen direkten kausalen Zusammenhang. Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass man grundsätzlich durch Land Grabbing oder Investitionen in die Landwirtschaft, wie man es auch nennt, einen Strukturwandel im ländlichen Raum hin zu unserer westlichen industriellen Landwirtschaft erreichen möchte. Das würde jedoch bedeuten, schaut man sich Deutschland an, dass statt 80 Prozent der Bevölkerung in Sambia nur noch 1,5 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten. Das ist aus meiner Sicht natürlich eine Katastrophe, gerade hinsichtlich Arbeits- und Perspektivlosigkeit, die ja schon jetzt ein riesiges Problem in afrikanischen Ländern und gerade auch im ländlichen Raum sind. Und aus meiner Sicht trägt eben diese „Modernisierung“ der Landwirtschaft dazu bei, dass extrem viele ländliche Perspektiven zerstört werden. D.h. es ist ein Modell, in dem durchrationalisiert wird, Kapital Arbeitskräfte ersetzt und wenn es Arbeitsplätze gibt, dann sind das meistens nur prekäre, also z.B. Saisonarbeit. Und diese daraus entstehende Perspektivlosigkeit im ländlichen Raum, hohe Arbeitslosigkeit, Konflikte und politische Auseinandersetzungen können bestimmt auch zu internationaler Migration beitragen. In der Theorie ist der Zusammenhang zwischen Land Grabbing und der Flüchtlingswelle also eigentlich sehr logisch, in der Praxis fehlt aber noch die faktische Unterfütterung.

**M.W.:** Die Befürworter von Land Grabbing unterstreichen häufig mögliche „win-win“-Situationen für alle Beteiligten. Kennen Sie ein Beispiel, wo dies der Fall ist?

**R.H.:** Derzeit stehe ich im Austausch mit dem Entwicklungsministerium und habe es nach genau solchen Fällen von „win-win“-Situationen gefragt, weil das Ministerium ja schon seit ca. acht Jahren sagt, dass es große Akteure im Bereich Investitionen in die Landwirtschaft mitfinanziert, um solche „win-win“-Situationen sicherzustellen. Und das Skurrile ist, dass das Ministerium kein „best-practice“-Projekt konkret vorstellen konnte. Das zeigt ja schon, in welche Richtung das geht. Und ich weiß außerdem auch von einer internationalen Konferenzen über Land Grabbing an der Universität Sussex, bei der über 100 Fallstudien zu dem Thema vorgestellt wurden, unter denen kein einziges positives Beispiel war. Insofern bin ich auch sehr ernüchert oder erstaunt darüber, dass man weiterhin so tut als würden sich die positiven und negativen Beispiele die Waage halten.

**M.W.:** Können freiwillige Leitlinien bei Land Grabbing etwas bewirken?

**R.H.:** Es gibt unterschiedliche Leitlinien von verschiedenen Institutionen. Die wichtigsten sind wohl die des „UN Committees on World Food Security“ (CFS). Bei der Erarbeitung dieser Leitlinien wurde den von Land Grabbing direkt betroffenen Organisationen wie Kleinbauern, Plantagenarbeitern und Landlosen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv am Prozess zu beteiligen. Das ist einzigartig, da es das sonst nirgendwo gibt, nicht mal in irgendeinem anderen UN-System. Allein schon aufgrund dieses politischen Spielraums für die Betroffenen muss man den Prozess als sehr positiv bewerten. Das Ergebnis davon sind politische Amtshandlungen. In dem erarbeiteten Dokument ist ein sehr, sehr starker Bezug zu den Menschenrechten erkennbar. So steht z.B. in den Zielsetzungen der Leitlinien, dass die marginalisierte Landbevölkerung präzisiert werden soll. Es ist also ein relativ progressives Dokument. Natürlich gibt es Probleme bei der Umsetzung, weil sich einerseits einige Regierungen nicht daran halten wollen und sich andere nur ein paar Leitlinien „rauspicken“, aber nicht alle umsetzen wollen. Die Umsetzung ist also ein politischer Prozess, der derzeit stattfindet und in vielen Ländern heiß umkämpft ist. Dort wo die Zivilgesellschaft aktiv involviert ist und die Umsetzung einfordert, kann der politische Spielraum der betroffenen Organisationen erhöht werden. Tendenziell ist jedoch zu sehen, dass die Leitlinien der CFS eines der wenigen Dokumente ist, in dem es eine klare Präzisierung von marginalisierten Gruppen und einen starken Bezug zu den Menschenrechten gibt und die direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen gleichwertig behandelt werden. Da sie freiwillig sind, ist ihre Umsetzung allerdings leider keine Verpflichtung und kann insofern nur der internationalen Gemeinschaft eine Grundlage für die Einforderung der Umsetzung bieten.

**M.W.:** Vielen Dank für dieses sehr aufschlussreiche und interessante Gespräch!

## **G) Selbständigkeitserklärung**

„Ich habe diese Seminararbeit ohne fremde Hilfe angefertigt und nur die im Literaturverzeichnis angeführten Quellen und Hilfsmittel benützt.“

Hof, den 09.11.2015

Milena Wilkens